

# Verträge mit gefährdeter Zukunft



Economiesuisse stellt sich mit Frachtcontainern auf dem Bundesplatz gegen die Selbstbestimmungsinitiative.

Foto: Fabrice Coffrini (AFP)

**VOLKSABSTIMMUNG Die Selbstbestimmungsinitiative räumt der Verfassung Vorrang vor dem Völkerrecht ein. Konflikte sind bei Menschenrechtskonvention und Personenfreizügigkeit, aber auch im Handelsrecht denkbar.**

Der «Vorrang des internationalen Rechts» ist für Hans-Ueli Vogt eine «fundamental verfehlte Ordnung», eine «Waffe» für Beamte und Politiker, um das «störende Volk in die Schranken zu weisen», ein «Haupttreiber für Regulierung». Diesem multiplen Übel möchte Vogt, Zürcher Rechtsprofessor und SVP-Nationalrat, mit der von ihm erdachten Selbstbestimmungsinitiative beikommen. Die Bundesverfassung soll künftig dem internationalen Recht vorgehen. Und wo ein «Widerspruch» zwischen Verfassung und Staatsvertrag bestehe, soll letzterer «neu verhandelt» oder «notigenfalls gekündigt» werden.

Falls das Stimmvolk am 25. November Vogts Argumenten folgt und zu seinem Begehren Ja sagt, würde es «600 Abkommen riskieren». So warnt der Wirtschafts-

dachverband Economiesuisse derzeit auf Plakatwänden. Die Gegner des Anliegens verweisen auf eine Rückwirkungsklausel im Initiativtext: Auch bestehende Verträge müssten bei einem Konflikt mit der Verfassung angepasst oder gekündigt werden.

## Geheimnisse der Initiative

Bloss: Welche Verträge sind es konkret, die bei einem Ja zur Initiative gefährdet wären? Hierzu halten sich beide Seiten in ihren Argumentarien mit Angaben zurück. Die Initiative sei in entscheidenden Punkten unklar formuliert, heisst es beim Bund. So fehlten etwa Angaben darüber, wann von einem «Widerspruch» zwischen Verfassung und Völkerrecht auszugehen sei – und welche Instanz diesen Widerspruch festzustellen hätte. Unter Juristen herrscht über die Wackelkandidaten, die es bei einem Ja zur Initiative treffen könnte, dennoch ein gewisser Konsens.

**Menschenrechtskonvention:** Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) vor allem ist es, die Vogt und seine Getreuen auf den Plan rief: Ein

Urteil des Bundesgerichts von 2012, das einen Ausländer mit Verweis auf die EMRK vor Ausschaffung schützte, veranlasste den SVP-Politiker letztlich zu seiner Initiative. In der Tat ist die EMRK der «einzige Menschenrechtsvertrag, den ein internationales Gericht mit verbindlichen Urteilen durchsetzen kann», wie der Basler Staatsrechtler Markus Schefer festhält. Das Justizdepartement nennt auf Anfrage drei beim Stimmvolk erfolgreiche Volkstinitiativen, die aus EMRK-Blickwinkel «problematisch» seien: jene für die lebenslängliche Verwahrung bestimmter Straftäter (2004), die Initiative gegen den Bau von Minaretten (2009) und die gegen «kriminelle Ausländer» gerichtete Ausschaffungsiniziativa (2010). Alle drei Anliegen wurden von der SVP zumindest mitgetragen oder lanciert.

**Personenfreizügigkeit:** Die Schweiz steuert ihre Zuwanderung mittels Höchstzahlen und Kontingenten: So steht es in der Verfassung seit 2014, als das Stimmvolk die Masseneinwanderungsinitiative guthiess. Das

Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU ist mit der Initiative inkompatibel, postuliert es doch den freien Personenverkehr. Das Parlament entschärfte das Problem 2016, indem es die Initiative im Ausführungsgesetz faktisch annullierte. Bei einem Ja zur Selbstbestimmungsinitiative könnte der Konflikt neu aufflammen.

**WTO-Recht:** «Bei Anliegen, die sich um den Handel mit Gütern drehen, kann relativ rasch ein Konflikt mit dem WTO-Recht entstehen», sagt Markus Schefer. Das umfangreiche Regulativ der Welthandelsorganisation WTO ist vor allem bei Volksinitiativen aus dem linken Lager immer wieder mal tangiert. Der Bund sieht etwa Konflikte beim 2005 gutgeheissenen Gentechnikmoratorium. Schwerlich WTO-konform wären auch die grüne Anti-Offroad-Initiative oder die jüngst abgelehnten Agrar-Anliegen (Fair-Food und Ernährungssouveränität) gewesen.

**Investitionsschutz:** Die Schweiz unterhält zum Schutz privater Anleger über 130 Investitionsschutzabkommen. Ein Ja zur

Selbstbestimmungsinitiative würde ihnen zwar nicht unmittelbar den Garausbereiten. Sie könnten gemäss der Zürcher Rechtsprofessorin Christine Kaufmann aber gefährdet sein, falls die Schweiz etwa ihre Bestimmungen zum Umweltschutz verschärfte.

**Freihandelsabkommen:** Kontingente und Inländervorrang, wie sie der Zuwanderungsartikel verlangt, stehen nicht nur mit der Personenfreizügigkeit in Konflikt. Sie könnten auch bilaterale Handelsverträge gefährden, etwa das neue Freihandelsabkommen mit China, wie Christine Kaufmann in einem Gutachten für Economiesuisse feststellt.

**Zollsystem:** Das wenig bekannte «Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung von Waren» der Weltzollorganisation ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung. Es wird immer wieder aktualisiert – je nach Inhalt und Charakter einer solchen Änderung müsste es bei einem Ja zu Vogts Initiative gemäss Kaufmann neu verhandelt oder gekündigt werden.

Fabian Renz

## Schweiz und EU verhandeln weiter

**ABKOMMEN** Unterhändler der Schweiz und der EU treffen sich heute in Brüssel erneut zu Gesprächen zum institutionellen Rahmenabkommen. «Wir werden gemeinsam das bisher Erreichte beurteilen», sagte ein Sprecher der EU-Kommission. Bis Mitte Oktober hatte die EU den Verhandlungsführern Zeit gegeben, die Gespräche zwischen der Schweiz und der EU abzuschliessen. Laut dem Sprecher ist die Zeit verstrichen, ohne dass in der letzten Verhandlungsrunde ein «entscheidender Fortschritt erreicht worden ist». Die Schweiz sieht hingegen die von der EU vorgegebene Frist nicht als verbindlich an. «Der Bundesrat hat nie das Datum vom 15. Oktober für einen Abschluss der Verhandlungen erwähnt. Für die Schweiz ist die Qualität des Abkommens wichtiger als das Timing», betont das Aussendepartement. sda

## In Kürze

### GESUNDHEIT Zwei Todesfälle wegen Listeriose

In der Schweiz ist es laut dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) zu einer Häufung von Listeriosefällen gekommen. Seit Juni wurden in den Kantonen Aargau, Neuenburg, Schwyz, Tessin, Wallis und Zürich total zwölf Fälle registriert, wobei zwei Personen sogar gestorben sind. Bei den Fällen handelt es sich laut BAG mit hoher Wahrscheinlichkeit um einen Ausbruch aufgrund derselben Lebensmittelquelle. Diese wird nun gesucht. Eine Übertragung erfolgt insbesondere durch kontaminierte Lebensmittel. Während bei Gesunden die Infektion meist milde verläuft, ist bei immungeschwächten oder älteren Menschen ein schwerer Verlauf möglich. sda

### ABSTIMMUNG Komitee gegen Sozialdetektive

Das Gesetz zur Überwachung von Sozialversicherten sei «eines liberalen Staats unwürdig». So das Fazit von Kurt Pärli, Professor für soziales Privatrecht an der Universität Basel. Es handle sich um «ein unnötiges, sicher aber unsorgfältiges Gesetz». Pärli gehört zu den Experten, die das Komitee «Nein zu Versicherungsspielen» gestern zu Wort kommen liess. Für Pärli ist fraglich, ob es überhaupt ein Gesetz braucht – ob die Sozialversicherungen tatsächlich überwachen sollten oder ob dies nicht allein Sache von Polizei und Justiz sein sollte. Die Vorlage kommt am 25. November an die Urne. sda

### ARBEITSKAMPF Bauarbeiter wollen mit 60 in Rente

Rund 3000 Bauarbeiter aus dem Tessin haben am Montag ihre Arbeit niedergelegt und sich in Bellinzona versammelt. Sie kämpfen für die Rente mit 60, gegen Lohndumping und überlange Arbeitstage. Die Aktion war der Auftakt zu einer nationalen Protestwelle: Heute finden Aktionen in Genf statt, weitere Regionen folgen. Hintergrund ist der Ende Jahr auslaufende Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe. sda

# Das schlechte Gewissen nach dem «Kuhhandel»?

**PARLAMENT Nach dem Steuer-AHV-Deal wollen Ständeräte die Einheit der Materie in Zukunft besser beachten.**

Der Vorgang erinnert an einen Raucher, der gerade eine Zigarette ausgedrückt hat und nun verkündet, dies sei die letzte gewesen. Der Raucher ist in diesem Fall das Parlament, das soeben die Steuer-AHV-Reform beschlossen hat. Diese vereint die Unternehmenssteuern und die AHV-Finanzierung in einer Vorlage, womit aus Sicht der Gegner die Einheit der Materie verletzt ist. Kommt das Referendum zustande, können die Stimmbürger nicht differenziert abstimmen, sondern nur das ganze Paket annehmen oder ablehnen.

Doch nun, zwei Wochen nach Verabschiedung der umstrittenen Vorlage, klingt es plötzlich anders: Die Staatspolitische Kommission des Ständerats findet, das Prinzip der Einheit der Materie müsse künftig auch für Gesetze gelten. Überraschend hat sie am Freitag einer parlamentarischen Initiative von Thomas Minder (parteilos) zugestimmt, die genau dies verlangt.

## Entscheid war knapp

Minder, ein grosser Gegner des Steuer-AHV-Deals, will Verknüpfungen nur noch erlauben, wenn «ein sachlicher Zusammenhang besteht». Heute ist das Parlament hier relativ frei, während die Einheit der Materie bei Volksinitiativen – auf Verfassungsebene – eingeschränkt gilt.

Der Entscheid der Kommission ist nicht definitiv und fiel zudem knapp aus (sechs zu vier, zwei Enthaltungen). Trotzdem wirft er die Frage auf, ob es gewissen Ständeräten mit der Steuer-AHV-Reform nicht mehr ganz wohl ist. Stimmten sie aus schlechtem Gewissen für Minders Vorstoss? «Das glaube ich nicht», sagt Pascale Bruderer (SP), Präsidentin der Kommission. Die Diskussion sei breit und differenziert gewesen, staatspolitische Überlegungen hätten eine wichtigere Rolle gespielt als die nur vereinzelt erwähnte Steuer-AHV-Reform. Aus Bruderers Sicht war es eher so, dass der erbitterte Streit um diese Vorlage das Bewusstsein für die Problematik geschärft hat. Sie warnt vor falschen Erwartungen: «Ich habe

das Votum der Kommission eher als vorläufige Zustimmung verstanden.» Will heissen: Die Mehrheit will diese Fragen einmal gründlich diskutieren, lässt aber offen, was dabei herauskommt.

## Unterschiedliche Beurteilung

So ähnlich sieht es auch SP-Ständerat Hans Stöckli, der die Steuer-AHV-Reform unterstützt und nun trotzdem für Minders Vorstoss gestimmt hat. Das sei kein Widerspruch, beteuert er. Es gehe darum, die Frage der Einheit der Materie nicht nur für Verfassungsinitiativen, sondern auch für Gesetze und Staatsverträge zu klären. Für Stöckli ermöglicht Minders Vorstoss eine «Grundsatzdebatte mit offenem Ausgang». Thomas Minder selber hat

hingegen klare Erwartungen: «Wird mein Vorstoss umgesetzt, darf es nie mehr eine Vorlage wie diesen Steuer-AHV-Deal geben.» Dieser verletze eindeutig die «unverfälschte Stimmabgabe», die in der Verfassung garantiert ist.

## Gegen Einschränkung

Widerspruch kommt von FDP-Ständerat Andrea Caroni, der jede Einschränkung ablehnt. «Sonst verliert das Parlament seine Handlungsfähigkeit.» Ohne den notwendigen Spielraum könne dieses weder Kompromisse aushandeln noch umfassende Werke wie ein Zivilgesetzbuch oder Obligationenrecht verabschieden. Das Stimmvolk behalte auch so das letzte Wort: «Wer ein Paket nicht will, kann es einfach ablehnen.» Fabian Schäfer